

Bund gegen Anpassung

Der Fall Rushdie und die Feigheit des Westens

Als zu Zeiten des britischen Empires sich ein indischer Maharadscha beim Gouverneur beklagte, weil jener die Witwenverbrennung verboten hatte - dies sei ein alter Brauch und man möge doch, bitteschön, die religiösen Gefühle der Hindus respektieren -, erhielt er folgende knappe und sicher sehr wirkungsvolle Antwort: "Wir henken Witwenmörder". Diese Unnachgiebigkeit gegenüber der religiösen Barbarei gleich welcher Provenienz gehört seit dem Fall Rushdie offenkundig und endgültig der Vergangenheit an. Noch erschreckender als die Tatsache des iranischen Mordbefehls gegen Salman Rushdie ist die Feigheit, mit der sich Großbritannien und der gesamte Westen den Drohungen der potentiellen Dichtermörder beugt. Noch beklemmender als die tollwütigen Aufrufe des Ayatollahs - man weiß ja, was man in punkto Meinungsfreiheit von ihm zu erwarten hat - sind die von "Verständnis" triefenden Kommentare, die der Westen zu dem ungeheuerlichen Mordbefehl eines ausländischen Religionsführers gegen einen europäischen Staatsbürger abgibt. Um das ganze Ausmaß dieser windelweichen Haltung zu erfassen, möge ein weiterer Vergleich die Phantasie des Lesers beflügeln: Was wäre wohl passiert, wenn der Mordbefehl nicht aus dem Iran, sondern, vor etwa zehn Jahren, von der Sowjetunion unter Breschnjew gekommen wäre und wenn das Opfer nicht Rushdie, sondern Solschenyzzin geheißen hätte? Was wäre geschehen, wenn der Sowjetunion nahestehende Parteien in Westeuropa Massendemonstrationen organisiert, das Buch "Archipel Gulag" öffentlich verbrannt und damit gedroht hätten, alle Verleger und Buchhändler umzubringen, die das Buch weiterhin herstellen und verkaufen? Was wäre wohl passiert, wenn eine prosowjetische Kampfgruppe die Ermordung des US-Außenministers und Bombenattentate auf amerikanische Passagierflugzeuge angekündigt hätte, bis die US-Regierung Solschenyzzin zum Abschluß freigibt? Hätte man in diesem Fall auch "Verständnis" für die Motive der sowjetischen Führung und das "Beleidigtsein" der Sowjetbürger geäußert? Keine Frage: Von der Ausrufung des Notstands bis hin zu militärischen Vergeltungsschlägen wären doch alle Mittel recht gewesen, um dieser Erpressung Einhalt zu gebieten.

Die Feigheit des Westens ist um so offenkundiger, als der Gegner diesmal keine leidlich bewaffnete Großmacht ist, sondern ein Regime, das vor kurzem nur knapp einer militärischen Niederlage entgangen ist. Zudem hat gerade Großbritannien vor wenigen Jahren im Falklandkrieg bewiesen, wozu ein einzelner NATO-Staat in der Lage ist, wenn er seine Belange in irgendeinem Teil der Welt bedroht sieht. Scheu vor Einmischung kann nicht der Grund für die Haltung der westeuropäischen Regierungen sein: Sie sind diesmal die Angegriffenen, und sie haben nicht nur das Recht, sich zu wehren, sondern die Pflicht, Rushdie mit allen Mitteln zu schützen.

Mit allen Mitteln: Dies schließt auch, falls der Iran zu offener Gewalt greift, die militärische Intervention mit ein, die wir, wie wir anlässlich des Falklandkrieges bewiesen haben, befürworten, wenn sie dem Fortschritt dient - etwa durch den Sturz einer süd-amerikanischen Folterjunta. Wir teilen keineswegs die perverse Untertanenlogik der Pseudolinken, daß gerade dies "Imperialismus" und "Eurozentrismus" sei.

Es ist indes auch ohne offenen militärischen Schlagabtausch offensichtlich, daß der Westen Rushdie nicht wirksam schützen will. Denn sonst hätte er bereits protestiert, als die "Satanischen Verse" in verschiedenen Ländern verboten wurden, und er hätte erst recht eingegriffen, als auf eigenem Territorium die Bücher Rushdies von fanatischen Moslems verbrannt und der Dichter in effigie - wie es im Mittelalter Brauch war, wenn man der Ketzer nicht habhaft werden konnte - hingerichtet wurde. Anstatt die Anführer der Pogrome ins Gefängnis zu werfen und somit weitere Ausschreitungen zu unterbinden, ermutigte man sie durch das ehrfürchtige Geraune von angeblich "verletzten religiösen Gefühlen" zu weiteren Ausschreitungen und gab ihnen damit einen staatlichen Freibrief zur Errichtung der Scheiterhaufen. Nach dem Mordbefehl Khomeinis hätte es doch spätestens eine Selbstverständlichkeit sein müssen, die "Satanischen Verse" auf Staatskosten herzustellen. Statt dessen hat man dies einigen Einzelpersonen überlassen, die über wenig Entschlossenheit und noch weniger Mittel verfügen und zudem viel eher erpreßbar und leichter einzuschüchtern sind. Anstatt Rushdie zu verstecken, hätte man ihm alle Möglichkeiten geben müssen, sich gerade nach der Morddrohung öffentlich äußern zu können, ohne daß damit freilich ein Risiko für ihn verbunden gewesen wäre. Warum hat man ihm nicht Rundfunk und Fernsehen zur Verfügung gestellt, um sich wirksam verteidigen zu können? Erzähle niemand, ein Staat wie Großbritannien oder die BRD sei nicht in der Lage, einen ihrer Staatsbürger vor Killerkommandos zu schützen! Hier könnte die GSG 9 ausnahmsweise einmal sinnvoll eingesetzt werden.

Der Einsatz sämtlicher staatlicher Mittel ist nicht nur zu Rushdies optimalem Schutz unbedingt erforderlich, sondern noch aus einem weiteren Grund dringend geboten: Der Mordbefehl Khomeinis gilt einerseits einer bestimmten Person und einer bestimmten Ansicht, zielt darüber hinaus aber grundlegend auf die Meinungsfreiheit, zu deren Schutz der Staat verpflichtet ist und die nur die öffentliche Gewalt garantieren - oder aber brechen - kann. Wer angesichts der Ungeheuerlichkeit, jemanden wegen seiner abweichenden Meinung umzubringen, "Verständnis" für die Pogromhelden äußert, bekundet damit seine grundsätzliche Übereinstimmung mit den Mördern und macht das Opfer zum Täter ("Warum hat er denn auch das Buch geschrieben?"). Mit jedem Kotau vor den "verletzten religiösen Gefühlen" betreibt der Westen einen Billigschlußverkauf jener Werte, die die bürgerlichen Staaten einmal vor der Welt auszeichneten: das sind die Errungenschaften der Französischen Revolution, deren größte darin bestand, daß man nicht mehr gefoltert, verbrannt, gerädert oder gevierteilt werden durfte, wenn man anderer Ansicht als die Kirche war. Es ist ja gerade das Kennzeichen der Meinungsfreiheit, daß jeder seine Meinung äußern darf, ohne einen Berechtigungsnachweis zu führen und ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen, warum man es auf diese und nicht auf jene Weise tut. Jede von der Regierungs- oder Mehrheitsmeinung abweichende, zumal

der Kirchenlehre widersprechende Ansicht hat Anspruch auf besonderen Schutz - das ist in historischer und in logischer Hinsicht das Wesen der Meinungsfreiheit. Dieses jedem Menschen zustehende Recht wurde in Europa in jahrhundertelangen Kämpfen gegen die Inquisition erkämpft und mit einem ungeheueren Blutzoll bezahlt. Wenn es heute noch - wenn auch durch Zensur und durch Blasphemiegesetze zunehmend bedroht und eingeschränkt - in Kraft ist, so ist dies ausschließlich den segensreichen Spätfolgen der Guillotine und dem - zunehmend erschlaffenden - Einsatz der Öffentlichkeit für die Meinungsfreiheit zu verdanken. Dieses Recht wurde dem europäischen Teil der Menschheit so wenig geschenkt wie die anderen Vorzüge, die die bürgerlichen Staaten vor dem Mittelalter und dem Iran der Gegenwart auszeichnen.

Wer - gleichgültig welche Meinung - zensiert, ebnet, wie der Fall Rushdie in aller Schärfe zeigt, dem Scheiterhaufen und den Mordbrennern die Bahn. Denn dies ist doch die erste Lehre aus den Pogromen gegen Rushdie: Wie kurz und zwangsläufig der Weg von der Zensur zum Scheiterhaufen ist. Wer angesichts des Mordbefehls gegen Rushdie fordert, dieser solle für die Kosten des Polizeischutzes selbst aufkommen (nachzulesen in der amerikanischen Zeitschrift "Spectator" und mit einem widerlichen Kommentar in der FAZ vom 9.3. versehen), liefert Rushdie und alle seine Nachfolger dem Henker aus und spricht sie dazuhin noch schuldig. Das bislang Unvorstellbare wäre dann wieder möglich: daß Ketzler aufgrund ihrer Ansicht in Europa mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung umgebracht werden können. Dies ist die eigentliche und zutiefst beängstigende Bedeutung der europäischen Reaktionen auf den Mordbefehl Khomeinis.

Abschließend noch der Gedanke, weshalb gerade Salman Rushdie und sein Buch das Opfer dieses großangelegten Kesseltreibens geworden sind. Rushdie hat, unseres Wissens erstmals im Islam, mit seinen "Satanischen Versen" den Weg beschritten, den die europäischen Ketzler - das heißt die frühen Aufklärer - Jahrhunderte vor ihm gegangen sind. Rushdie wollte mit seinem Buch nach eigener Aussage in literarisch-phantastischer Form "das Innenleben eines Menschen schildern, der den Glauben verloren" hat - in der Intention vergleichbar mit vielen Kunstwerken des Abendlandes, die unbestritten zur Weltliteratur gehören (so etwa "Gargantua und Pantagrue" des französischen Humanisten Rabelais). Rushdie befindet sich im Vergleich zu den Ketzern der frühen Neuzeit jedoch in einer ungleich schlechteren Situation, da die bürgerlichen Staaten ihre Ursprünge feige und heuchlerisch verleumden und sich bei ihren ehemaligen Todfeinden prostituieren. Anders die Imame und Päpste. Sie planen für Jahrhunderte und sind sich seit Jahrhunderten gleich geblieben. Der Iran hat in der konzertierten Aktion der Weltreligionen gegen die Meinungsfreiheit und die Errungenschaften der Französischen Revolution die Rolle des Scharfmachers übernommen und agiert mit der Unterstützung aller anderen religiösen Führer. Der Mordbefehl Khomeinis erging nach Absprache mit dem Papst, der auch jetzt mit seiner Zustimmung nicht hinter dem Berg hält.

Der Fall Rushdie ist die - tödlich ernste - Probe, wieviel die Meinungsfreiheit dem Westen wert ist. Falls Rushdie ermordet wird und damit die erste Ketzerverbrennung seit 200 Jahren in Europa stattfinden sollte, trägt der Westen die volle Verantwortung, da er es unterlassen hat, Rushdie und mit ihm die Meinungsfreiheit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen!